



Alles auf die Straße

ÖD-Streik am 13.3.

Nach den Streiktagen der Krankenhäuser am 6. und 7. März und der Kundgebung am 6. März in Saarbrücken, ruft nun ver.di im Bezirk für den 13. März alle betroffenen Betriebe im Bezirk zum Streik. Wir treffen uns - so der angemeldete Plan beim Ordnungsamt - an den Sammelplätzen Schlossplatz, Congresshalle und Landwehrplatz und marschieren in drei Zügen los. Auf der Wilhelm-Heinrich-Brücke vereinen die Züge sich und ziehen zum Tbilisser Platz. Wir sind erneut solidarisch dabei und treffen uns um 10 Uhr auf dem Schlossplatz.



Die Verhandlungen bewegen sich nicht von der Stelle. Die Arbeitgeber wollen eine lange Laufzeit und das meint richtig lang, 36 Monate schweben ihnen vor. Im Klartext: Sie wollen drei Jahre ihre Ruhe. Zur Frage des Entgelts haben die Arbeitgeber nur gesagt, es sei schlicht zu viel. Einer Ent-

gelterhöhung mit Mindestbetrag versperren sie sich. Lediglich mit Zulagen und Zuschlägen für Arbeit zu ungünstigen Zeiten haben sie sich zumindest beschäftigt. Gegen das, was mehr Entscheidungsspielraum über Arbeitszeit ermöglichen würde, sperren sie sich völlig: Das Meine-Zeit-Konto ist ein rotes Tuch für sie. Genauso wie eine neue Regelung zur Altersteilzeit.

Deswegen wollen die Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor der nächsten Verhandlungsrunde vom 14. bis 16. März den Druck weiter aufbauen.

Kollege Umlauf kommt Unsere Aufgaben nach der Bundestagswahl

Einschätzung - Bewertung - Diskussion -
Schlussfolgerung

Donnerstag 20.03.25 um 18 Uhr

ver.di Haus

Versammlungsraum

Zusammen geht mehr

Am 6. März 2022 waren die streikenden Krankenhausbeschäftigten auf der Straße in Saarbrücken. Etwa 1.000 Streikende aus den kommunalen und Bundeskrankenhäusern aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz trafen sich auf dem Tbilisser Platz in Saarbrücken. und verbrachten ein paar Stunden des Streiks gemeinsam.

Die Verhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen wurden am 18. Februar ohne Annäherung vertagt. Die Arbeitgeber mauern. Eine Verständigung ist derzeit nicht in Sicht. Überall fehlt es an Personal, die Kolleginnen und Kollegen sind am Ende ihrer Kräfte oder verlassen den Beruf. Nur ein starkes Zeichen der Arbeitgeber kann diesen Teufelskreis durchbrechen. Aus diesem Grund



setzen wir uns für eine Erhöhung der Gehälter und für mehr Souveränität bei der Arbeitszeit ein. Mehr Geld für Beschäftigte und Auszubildende, zusätzliche freie Tage, bessere Bezahlung belastender Schichten sowie mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Geld und Freizeit – mit diesen Forderungen geht ver.di in die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen



Beschäftigten bei Bund und Kommunen. ver.di fordert eine Entgeltsteigerung im Volumen von acht Prozent, mindestens aber 350 Euro. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen. Azubis, dual Studierende und Praktikant*innen sollen 200 Euro pro Monat mehr erhalten.

Zu dem Gesamtvolumen gehört auch, dass belastende Schichten besser bezahlt werden sollen. So sollen die Zulagen für Schicht und Wechselschicht ebenso erhöht werden wie die Zuschläge für Überstunden sowie für Arbeit in der Nacht, an Feiertagen, am Samstag und Sonntag. Zudem fordert ver.di die Ver-





doppelung der Pauschalen für Rufbereitschaft. Die Benachteiligung von Teilzeitkräften – deren Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen besonders hoch ist – soll beendet werden,

indem Überstundenzuschläge bereits bei Überschreitung der individuell vereinbarten

Wochenarbeitszeit fällig werden. Aktuell sind Arbeitsstunden von Teilzeitbeschäftigten nur dann Überstunden, wenn sie über die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten hinausgehen.



Von den Arbeitgebern erwartet ver.di außerdem, dass Teilzeitbeschäftigte ein Recht auf Erhöhung ihrer Arbeitszeit bis zur Vollzeit haben.

Und dann ist da noch was, was die Pflegepersonen schon seit Jahren umtreibt und zu großen Ärger geführt hat. Außer in Kliniken und Pflegeeinrichtungen werden im öffentlichen Dienst bei Arbeit in Wechselschicht die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen in die Arbeitszeit eingerechnet. Diese Ungleichbehandlung muss endlich mal aufhören.



Für alle Beschäftigte möchte ver.di drei zusätzliche freie Tage vereinbaren; für Gewerkschaftsmitglieder noch einen Tag mehr, denn sie sind es, die Tarifverträge überhaupt erst ermöglichen. So die Meinung der Tarifkommission und auch die Ansicht der Mehrheit im Ortsverein, wo wir diese Frage schon mal strittig diskutierten. Außerdem auf der Forderungsliste: mehr Wahlmöglichkeiten. Mit dem „Meine-Zeit-Konto“ sollen Beschäftigte am Monatsende zwischen Geld, Arbeitszeitverkürzung oder zusätzlichen freien Tagen wählen können. Auf das Konto gebucht werden können Lohnerhöhungen, Zuschläge und vieles mehr.

Diese Streiks im Vorfeld des Internationalen Frauentages waren ein deutliches Signal für mehr Lohngerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen, welche immer noch frauendominiert sind. Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller betonte anlässlich der Streiks: „Wenn Frauen die Arbeit niederlegen, steht die Welt still! Insbesondere Krankenhäuser würden ohne weibliche Beschäftigte noch

nicht mal im Ansatz funktionieren. Da Arbeit im Krankenhaus aber eine Teamleistung ist, treten die Beschäftigten der unterschiedlichen Berufsgruppen natürlich auch gemeinsam in den Streik.“ In den betroffenen Krankenhäusern im Bezirk, Klinikum Saarbrücken, SHG-Kliniken Völklingen, SHG-Kliniken Sonnenberg, SHG-Klinikum Merzig, Knappschaftskrankenhaus Püttlingen, Knappschaftskrankenhaus Sulzbach, Kreiskrankenhaus St. Ingbert und Kreiskrankenhaus Saarburg, wurde auch während des Streiks eine Notdienstbesetzung vorgehalten, um Notfälle zu versorgen.

Es sind spannende Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen. Es geht dabei auch um die Stärkung der



Daseinsvorsorge. Die Stärkung der Daseinsvorsorge ist für uns überzeugender als die Behauptung, 2029 würde Russland die NATO angreifen, und wir wären dann ohne Hochrüstung hilflos ausgeliefert. Tatsächlich gibt die Nato mit oder ohne USA ein Vielfaches für das Militär aus und ist deutlich besser ausgestattet. Die NATO wendet dafür jährlich ca. 1.300 Milliarden Dollar auf, Russland etwas mehr als 100 Milliarden Dollar. Klar ist, einen Euro kann man nur einmal ausgeben. Jeden Cent, den wir in dieser Tarifrunde holen, fehlt bei der Rüstung, ist folglich ein Cent zur Sicherung des Friedens. Auch darum geht es, auch wenn das sicherlich nicht Jeder so sieht. Sicher stimmen aber alle Kolleginnen und Kollegen der Feststellung zu, es geht um einiges. Und noch etwas ist klar wie Klobßbrühe: Unsere ambitionierten Forderungen können wir nur mit viel Kraft durchsetzen.



Was es mit diesem Tag auf sich hat

Heute ist Internationaler Frauentag

Der 8. März ist Internationaler Frauentag. Weltweit. Was hat es eigentlich mit diesem Internationalen Frauentag so auf sich? Wer hat ihn erfunden und warum er auch heute noch seine Berechtigung hat.



Charlotte Matheis und Karl-Heinz Kesternich in den Kliniken in Völklingen. Alle Kolleginnen bekamen eine Rose und einen Flyer nach dem Motto: Brot und Rosen;
Foto: Michael Quetting

Heute ist Internationaler Frauentag. Seit über hundert Jahren unterstreichen an diesem Tag die Gewerkschaften die Notwendigkeit und Bedeutung des Kampfes um Gleichberechtigung. Es geht um gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Es geht um bessere Arbeitsbedingungen, es geht um Aufwertung der bezahlten Sorgearbeit wie auch im Gesundheitswesen, wo vor allem Frauen tätig sind.

Im Berufsleben verdienen Frauen im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger als Männer. Sie landen häufiger in der Teilzeitfalle, werden in Karrierechancen behindert und müssen mit Einkommens- und später mit Altersarmut kämpfen.

Auch wenn wir in den letzten 100 Jahren in Sachen Gleichstellung und Frauenrechten einiges erreicht haben: Frauen sind weiterhin benachteiligt.

ver.di kämpft für Gleichstellung von Frauen und Männern. Speziell in „typischen Frauenberufen“ brauchen wir eine existenzsichernde und gute Arbeit. Und wir streiten für eine bessere Vereinbarkeit, damit auch Mütter Beruf und Privatleben unter einen Hut bekommen. Wenn wir die Personalnot im Krankenhaus besiegen wollen oder dass die Beschäftigte im Handel besser gestellt werden sollen, dann müssen hier die Arbeitsbedingungen deutlich attraktiver werden. Auch muss Schluss sein, ganze Berufsgruppen aus den Normalarbeitsverhältnissen auszuschließen und sie zu Dumpinglöhnen zu beschäftigen.

Not und Armut sind auch heute in erster Linie weiblich, geschaffen von Politik und Unternehmen, auch von jenen, die meinen die Gleichberechtigung wäre erreicht, wenn in der Schrift die Geschlechter-Lücke, oder auf schlaue Gender-Gap, richtig angewandt wird.

Schon heute können viele nur als Aufstockerin durchs Leben kommen. Und selbst wenn sie 45 Jahre arbeiten, sie werden in der Altersarmut enden. Eine Schande!

Der Internationale Frauentag geht zurück auf einen Beschluss der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910. Dort hatte die Sozialistin Clara Zetkin den Antrag eingebracht, jährlich einen Kampftag der Frauen zu veranstalten. Der erste internationale Frauentag wurde dann am 19. März 1911 gefeiert.

Das beherrschende Thema der ersten Jahre war die Forderung nach freien, geheimen und gleichen Wahlen. Später legte man weltweit den 8. März fest, weil am 8. März 1917 mit einer Frauendemonstration in Petrograd in Russland die Februarrevolution ausgelöst wurde. Die Frauen demonstrierten unter der Losung: ‚Brot! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit dem Absolutismus!‘ Es folgten die Arbeiterinnen der wichtigsten Rüstungsbetriebe. Sie traten in einen Streik und zogen ebenfalls durch die Stadt. Eine Lawine wurde losgetreten. Die Februar Revolution (nach dem damals in Russland verwendeten Julianischen Kalender war der 8. März der 23. Februar) begann.

Der Frauentag wurde zum öffentlichen Ausdruck des Kampfes gegen Bevormundung, Unterdrückung, Ausbeutung, Rüstung, Krieg, für politische und soziale Rechte, Unabhängigkeit und Mündigkeit der Frau, für eine friedliche und selbstbestimmte Gesellschaft.

Zu Ehren der Rolle der Frauen in der Revolution wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau auf Vorschlag der bulgarischen Delegation der 8. März als internationaler Gedenktag eingeweiht.



Aktion zum Internationalen Frauentag des OV Saar 2024;
Foto: Michael Quetting

führt.

In erster Linie sollte an diesem Tag international für die Einführung des Frauenwahlrechtes gestritten werden. Der Frauentag wurde zum öffentlichen Ausdruck des Kampfes gegen Bevormundung, Unterdrückung, Ausbeutung, Rüstung, Krieg, für politische und soziale Rechte, Unabhängigkeit und Mündigkeit der Frau, für eine friedliche und selbstbestimmte Gesellschaft.

Vieles wurde in den Jahren nach 1918 erreicht. Frauen erhielten das Wahlrecht, ein Lohngesetz für Heim-



Aktion auf den Saarbrücker Winterberg. Hier hat man den Servicebereich ausgegliedert und zum Teil fremd vergeben. ver.di konnte zwar die Service-Firma tarifieren, aber schlechter als im TVÖD. Foto: Michael Quetting

arbeiterinnen und ein Mutterschutzgesetz konnten durchgesetzt werden, ehe 1933 die Nazis die Regierungsgewalt ergriffen und mit ideologischen Kampagnen und brutaler Gewalt Gewerkschaften und Frauenbewegung gleichermaßen bekämpften und zerschlugen.

Für die Frauen im Widerstand, im KZ, in der Emigration war der Frauentag Erinnerung an eine bessere Vergangenheit und Hoffnung auf die Zukunft.

Nach dem Krieg wurde der Internationale Frauentag besonders von Gewerkschafterinnen weiterhin begangen.

Mit dem verstärkten Aufkommen der Frauenbewegung gewann dieser Tag wieder eine größere Bedeutung. Nicht nur die Arbeiterbewegung nutzte diesen Tag. Mittlerweile begehen ihn viele gesellschaftliche Kräfte, wenn auch nicht in dem Umfang wie in den ehemaligen sozialistischen Ländern, wo dieser Tag zum Teil sogar Feiertag war. Heute ist der 8. März in vielen Ländern ein gesetzlicher Feiertag. In Berlin ist der internationale Frauentag seit 2019 ein gesetzli-

cher Feiertag, in Mecklenburg-Vorpommern seit 2023. In der Volksrepublik China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei.

Wir Gewerkschaften haben uns schon vor über 100 Jahren – und seitdem immer! – für Frauenrechte stark gemacht. Viele Gewerkschafterinnen haben für das Frauenwahlrecht gekämpft, für Gleichberechtigung und ein selbstbestimmtes Leben, das finanziell unabhängig geführt werden kann. Für uns ist der Internationale Frauentag ein wichtiger Tag – an dem klar wird, welche Ziele noch nicht erreicht sind. Und: Wo die Politik dringend tätig werden muss, um gleiche Chancen und Rechte für Männer und Frauen voranzubringen.

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern im Erwerbsleben, in der Wirtschaft, in Gesellschaft und Politik – das steht auch in der DGB-Satzung, der Grundlage für unser Handeln. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die Gleichberechtigung nach Artikel 3 des Grundgesetzes zu verwirklichen.

Damit Frauen und Männer ihr eigenes Geld verdienen und sich trotzdem um Familien und Freunde kümmern können, fordern wir Arbeitszeiten, die zum Leben passen. So haben Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten, erwerbstätig zu sein und gleichzeitig Verantwortung für Familie und Hausarbeit zu übernehmen.

Wir wollen, dass Sorgearbeit – also sich um andere Menschen zu kümmern und den Haushalt zu stemmen – gleich verteilt werden und die Partnerschaftlichkeit in Beziehungen gestärkt wird, zum Beispiel durch gute und zuverlässige Betreuungsangebote für Kinder und Pflegebedürftige.

Wer selbstbestimmt leben will, muss es sich leisten können. Frauen brauchen finanzielle Sicherheit! Denn: Miete, Aus- und Weiterbildung, Familie, Freizeit – das alles kostet Zeit und Geld. Frauen müssen also genug verdienen, um ihre Existenz eigenständig zu sichern und im Notfall auch ihre Kinder versorgen zu können. Das gelingt durch starke Tarifverträge und eine Aufwertung von Berufen, in denen besonders viele Frauen arbeiten.

Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer. Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass diese Lohnlücke geschlossen wird.

Der internationale Frauentag ist und bleibt ein Kampftag. Als solcher wird er gebraucht – mehr denn je.

Frauen sind auch doppelt betroffen, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner für diese Kriege zahlen.

Der 8. März steht symbolisch für den Kampf der Frauen für das Recht auf Arbeit, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen Gewalt von Männern, für die Gleichstellung von Mann und Frau.



Teilzeitkräfte aufgepasst

Ab der ersten Überstunde

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 5. Dezember 2024 entschieden, dass es grundsätzlich eine unzulässige Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten ist, wenn diese Überstundenzuschläge nur bei Überschreiten der regulären Arbeitszeit von Vollzeitkräften bekommen.

Was bedeutet das Urteil für eine Teilzeitkraft?

Ob sich auch für dich daraus Ansprüche ergeben, hängt von deiner individuellen Situation ab. Das BAG hat nicht gesagt, dass pauschal jede*r Teilzeitbeschäftigte Anspruch auf Überstundenvergütung hat. Wenn dein Arbeitgeber aber bei Überschreiten der Arbeitszeit von Vollzeitkräften Zuschläge zahlt, muss er diese auch Teilzeitkräften zahlen, die ihre (niedrigere) Arbeitszeit überschreiten – ab der ersten Überstunde!

Können Überstundenzuschläge rückwirkend eingefordert werden?

Grundsätzlich gilt die Entscheidung des BAG auch für in der Vergangenheit geleistete Überstunden. Aber die meisten Tarifverträge enthalten Ausschlussfristen. Häufig verfallen die Ansprüche drei oder sechs Monaten nach ihrem Entstehen, wenn sie nicht innerhalb dieser Fristen schriftlich geltend gemacht wurden.

Empfehlung:

Du solltest deinem Arbeitgeber daher schnellstens eine sogenannte außergerichtliche Geltendmachung zukommen lassen.

Muster-Geltendmachung zum Download und weitere Infos: t1p.de/zuschlaege-freizeit

Tarifrunde:

Einigung bei der Post AG

In der vierten Tarifverhandlungsrunde für die rund 170.000 Tarifbeschäftigten, Auszubildenden und dual Studierenden bei der Deutschen Post AG haben ver.di und die Arbeitgeber ein Verhandlungsergebnis erzielt, das deutliche Erhöhungen der Entgelte und mehr Urlaub für die Beschäftigten beinhaltet.

In der vierten Verhandlungsrunde konnte ver.di ein Verhandlungsergebnis erzielen, das deutliche Entgelt-Erhöhungen und mehr Urlaub für die Arbeitnehmer*innen, Auszubildenden und dual Studierenden bei der Deutschen Post AG bringt. Im Einzelnen sieht das Verhandlungsergebnis für den Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2026 u.a. folgenden Regelungen vor: Die Entgelte der Tarifbeschäftigten werden zum 1. April 2025 um 2,0 Prozent erhöht, ebenso erhöht werden die Vergütungen für Auszubildende und dual Studierende zum selben Zeitpunkt. Zum 1. April 2026 erfolgt eine weitere Erhöhung der Entgelte sowie der Vergütungen für Auszubildende und dual Studierende von 3,0 Prozent. Ab dem 1. Januar 2026 erhalten alle Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag pro Jahr; zudem erhalten Beschäftigte, die mindestens 16 Jahre im Unternehmen sind, einen weiteren zusätzlichen Urlaubstag pro Jahr.

Die Mitglieder werden bis zum 28. März zu dem Ergebnis befragt. Am 31. März 2025 berät die Tarifkommission final über den Abschluss der Tarifrunde.

Streiktag der Frauen

Frauenberufe streikten am 7. März 2025

ver.di hat am 7. März die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Einrichtungen der Sozialen Arbeit und Erziehung sowie der Pflege und Gesundheit vor dem Hintergrund des Equal Pay Day (7. März) und des Frauentags (8. März) zu einem bundesweiten Streiktag am 7. März aufgerufen. Dieser Tag markiert symbolisch den Gender-Pay-Gap, der 2024 in Deutschland 16 Prozent betrug.

Im öffentlichen Dienst arbeiten in der Pflege, in Kitas und in der Sozialen Arbeit mehrheitlich Frauen. Diese Arbeitsfelder sind geprägt von hoher Verantwortung für Menschen und durch emotionale Belastung der Beschäftigten, da die aktuellen Bedingungen meist aufgrund schlechter Personalausstattung und Arbeitskräfte-/Fachkräftemangel nicht ausreichen, um den Menschen gerecht werden zu können.

Unseren Rundbrief kannst auch Du abonnieren!

Bestellen oder abbestellen
ohne Probleme.
Mail an: Michael@Quetting.de



Impressum:
ver.di OV Saarland. Der Vorstand
ViSdP: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken - <https://saar-trier.verdi.de/>
Kontakt: christian.umlauf@verdi.de
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: Michael Quetting Der Rundbrief erscheint als pdf